

Ergebnisse der Beratungen der interfraktionellen Bund-Länder-Arbeitsgruppe am 9./10. Juni 2010
zu den Änderungsanträgen zu den Gesetzentwürfen zur Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende

BR-Beschluss	Kurzinhalt	Ergebnis
2.	Prüfung der zkT durch BMAS nur in Abstimmung mit Land	Antrag geändert angenommen . BMAS <i>kündigt</i> Prüfungen <i>an</i> und <i>unterrichtet</i> über die Ergebnisse.
3.	Ausgleich von VBL-Versorgungsanwartschaften durch den Bund bei Übergang von Personal der BA auf Optionskommune	Antrag abgelehnt . Die wenigen Fälle werden im Rahmen des Vollzugs geklärt.
4.	Gesetzliche Klarstellung , dass der Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag gilt	Antrag angenommen .
5.	Zulagenausgleich bei Personalübergang	Antrag angenommen .
6.	Besetzung Kooperationsausschuss mind. 1 Mitarbeiter BMAS (nicht nur BA)	Antrag geändert angenommen . BMAS <i>soll</i> in Koop-Ausschuss vertreten sein.
7.	Bei Streit erstmalige Bestimmung des Vorsitzenden des Kooperationsausschusses, der Trägerversammlung und des Geschäftsführers durch Losverfahren	Antrag geändert angenommen . Kommune bestimmt Jobcenter-GF, wenn BA Vorsitzenden der TrV bestimmt hat.
8. ¹	Feststellung der Erwerbsfähigkeit durch die Rentenversicherung	Antrag angenommen .
9.	Verlängerung Widerspruchsfrist der Kommune, wenn BA zuviel KdU errechnet	Antrag abgelehnt .
10.	Prüfauftrag : Einvernehmen mit Träger bei Personalentscheidungen?	Nein : Einvernehmen mit Trägern soll bei Personalentscheidungen gerade nicht erzielt werden müssen.
11.	Keine Begrenzung der Geschäftsführerbesoldung auf A 16	Antrag geändert angenommen . In Ausnahmefällen ist Besoldung bis B3 möglich.
12.	Kommunaler Finanzierungsanteil an den Verwaltungskosten kann durch Orga-Untersuchungen bestimmt werden statt gesetzlicher 12,6 %	Antrag abgelehnt .

¹ Bestehende Regelung ist ausdrücklich Platzhalter

13.	Klarstellung , dass Aufsicht des Bundes über Länder nur soweit Bundesleistungen	Antrag angenommen .
14.	Rechtsaufsicht Bund ggü. Land im Bereich zKT: Verwaltungsvorschriften nur mit Zustimmung BR	Antrag angenommen .
15, 16, 19, 20 ²	Erweiterung der Beteiligung der Länder beim Verfahren zur Weiterentwicklung, Übermittlung und Veröffentlichung von Daten und Kennzahlen	Anträge abgelehnt . Ergebnisse der AG Daten und Kennzahlen.
17.	Gestaltung der BA-IT (nur) im Einvernehmen mit komm. Spitzenverbänden	Antrag abgelehnt . KomSpV werden wie bisher informatorisch in der Praktikerarbeitsgruppe beteiligt.
18.	Beteiligung der örtlichen Personalvertretung bei BA-IT	Antrag abgelehnt .
21.	Beteiligung Länder und komm. Spitzen bei Wirkungsforschung des Bundes	Antrag abgelehnt . KomSpV und Länder werden rechtzeitig und umfassend unterrichtet.
22.	Übergangsfrist für getrennte Aufgabewahrnehmung bis 31.12.2011	Antrag angenommen .
23.	Übergang in zKT: Datenübermittlung durch BA automatisiert und standardisiert	Antrag angenommen .
24.	Bund trägt bei neuen zKT Anschubfinanzierung bis 150 € pro Bedarfsgemeinschaft	Antrag abgelehnt .
25.	BR fordert den BT zur Entsperrung der 3200 befristeten Stellen auf	Ist erfolgt.

Über die Bundesrats-Beschlüsse hinausgehende Änderungsvorschläge:

Bezeichnung "Jobcenter" soll auch von Optionskommunen geführt werden	Antrag angenommen .
Bisheriger Geschäftsführer führt Geschäfte kommissarisch weiter, bis Trägerversammlung neuen Geschäftsführer bestellt	Antrag angenommen .
Bundesbesoldungsordnung: Anpassung für Geschäftsführer der Jobcenter	Antrag angenommen .

² Konsens erzielt in der Sitzung der Bund-Länder-AG am 7. Juni 2010

Klarstellung der Anwendbarkeit des Informationsfreiheitsrechts des Bundes	Antrag angenommen .
Es kann eine Arbeitsgruppe der Personalräte der g. E. gebildet werden, um sich über Anliegen auszutauschen und zu informieren	Änderung aufgenommen
Bindungswirkung der RV bei früherer Entscheidung in der Sache	Änderung aufgenommen
Änderung der Eignungsfeststellungsverordnung : Maßgeblicher Zeitraum zur Vorlage arbeitsmarktpolitischer Konzepte wird von 2005 auf 2003 vordatiert.	Änderung wird in VO aufgenommen